

Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA:

Ein Angriff auf die Demokratie!



Freibrief für Konzerne

Abbau unserer Rechte

Konstanzer Bündnis gegen TTIP, CETA & TiSA

www.konstanz-gegen-ttip.de

www.facebook.com/KonstanzgegenTTIP

TTIP, CETA und TiSA: Was die neuen Abkommen wollen

Seit 2013 verhandeln die US-Regierung und die EU-Kommission über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen **TTIP** („Transatlantic Trade and Investment Partnership“). Die Verhandlungen laufen geheim, die Parlamente haben nichts zu sagen. Denn es geht nicht um Zölle im transatlantischen Warenverkehr, die gibt es kaum. Sondern um die Beseitigung von Handelshemmnissen. Damit sind Umweltschutzregeln gemeint, Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit, Sozial- und Arbeitsstandards, die Kennzeichnungspflicht von Produkten und viele andere Bestimmungen.

Bereits abgeschlossen sind die Verhandlungen über ein ähnliches Abkommen zwischen der EU und Kanada. Auch **CETA** („Comprehensive Economic and Trade Agreement“) sieht weitreichende Zugeständnisse für die Großkonzerne vor.

Ebenfalls hinter verschlossenen Türen sprechen seit 2012 in Genf VertreterInnen der EU, der USA und 21 weiterer Staaten über ein Abkommens zum Handel mit Dienstleistungen (**TiSA**). Ziel dabei ist die Deregulierung und weitgehende Privatisierung aller öffentlichen Dienste wie Wasser, Bildung, Gesundheit, Energie, Müllabfuhr oder öffentlicher Verkehr. Das Besondere dabei: Was einmal privatisiert wurde, bleibt auf Dauer privat.



Das Ende der Demokratie?

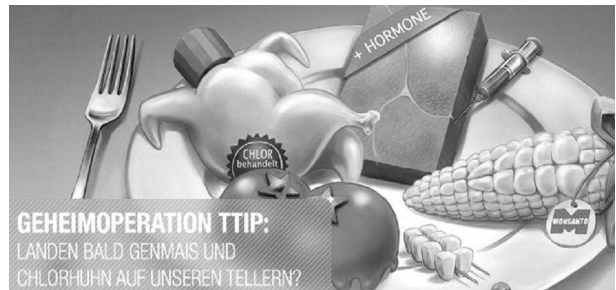
Das Ziel dieser geplanten Abkommen ist, alles aus dem Weg zu räumen, was dem Handel schaden könnte. Dazu gehört auch die Demokratie.

- ▶ Die Parlamente haben kein Mitspracherecht und sollen am Schluss nur abnicken, was hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wurde.
- ▶ An den Gesprächen waren von Anfang an Unternehmensverbände und deren Lobbyisten beteiligt, nicht aber Verbraucherschutzgruppen, Umweltorganisationen oder Gewerkschaften.
- ▶ Über die Weiterentwicklung von TTIP entscheiden nicht gewählte Gremien, sondern ein Regulierungsrat, der ohne demokratische Kontrolle handelt.
- ▶ Bei TiSA ist vorgesehen, dass das Abkommen fünf Jahre lang unter Verschluss bleibt. Und dass der Verkauf von öffentlichen Dienstleistungen nie mehr rückgängig gemacht werden kann – egal, was unsere VertreterInnen entscheiden und was wir wollen.



Hormone und Pestizide für alle

Der Verbraucherschutz ist für die BefürworterInnen der geplanten Abkommen ein Handelshemmnis. Sie drängen auf eine Angleichung der Standards. Während in der EU der Einsatz von Chemikalien oder riskante Produktionsmethoden erst dann zulässig sind, wenn deren Unbedenklichkeit erwiesen ist, werden in den USA Produkte erst verboten, wenn ihre Schädlichkeit nachgewiesen wird.



Nun will die US-Agrarindustrie Fleisch von Tieren, die mit Wachstumshormonen behandelt wurden, auf den europäischen Markt bringen. Etliche dieser Hormone sind aber gesundheitsschädigend – und in der EU bisher nicht erlaubt. Gleichzeitig fürchtet das Umweltbundesamt, dass dank TTIP wieder Pestizide auf den Markt kommen, die derzeit verboten sind.

Als Handelshemmnis gelten zudem Einfuhrverbote von gentechnisch manipulierten Pflanzen. Das heißt: In den USA zugelassene Sorten könnten ohne Beschränkung auch in den EU-Staaten angebaut werden. Die Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel würde wegfallen. Darauf spekulieren auch europäische Unternehmen.

Fracking durch die Hintertür

Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt Fracking ab – aus guten Gründen. Mit TTIP und CETA könnte die giftige Gasfördermethode durch die Hintertür Einzug halten. So klagt derzeit ein US-Unternehmen gegen die kanadische Regierung, weil diese ein Fracking-Moratorium erlassen hat. Das geht, weil Kanada, die USA und Mexiko vor zwanzig Jahren das nordamerikanische Freihandelsabkommen **NAFTA** unterzeichnet haben.

Angriff auf die Beschäftigten

Der Freihandel schaffe viele neue Arbeitsplätze, versprechen Unternehmer und PolitikerInnen. Das Gegenteil ist richtig, wie die Studie einer US-amerikanischen Universität ergab. Ihr zufolge kostet TTIP in Europa rund 600.000 Arbeitsplätze. Andere wissenschaftliche Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Da die Angleichung von Standards bei internationalen Verhandlungen meist auf deren Absenkung hinausläuft, sind zudem auch viele unserer erkämpften arbeitsrechtlichen Errungenschaften bedroht.

So haben die USA sechs der acht Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nie anerkannt, darunter

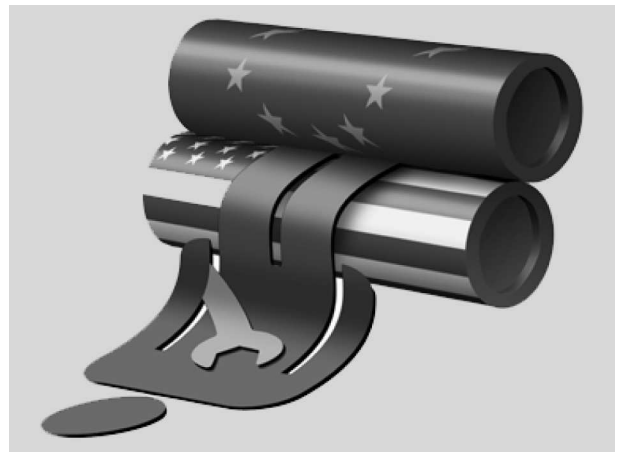
- ▶ das Recht der Beschäftigten, sich frei zu organisieren,
- ▶ das Recht, einen Tarifvertrag abzuschließen.

Solche Verhältnisse wären auch vielen EU-Unternehmen recht. Mit TTIP und CETA ist eine Ausweitung der Mitbestimmung nicht mehr möglich; auch eine Anhebung von Lohnuntergrenzen käme nicht mehr in Frage. Vor kurzem hat ein französisches Unternehmen Ägypten auf Schadensersatz verklagt, weil dort der Mindestlohn von 41 auf 72 Euro im Monat erhöht wurde – und Recht bekommen.

Kultur als Ware

In vielen europäischen Staaten wird Kultur aus öffentlichen Mitteln gefördert. Das schafft Vielfalt und erlaubt ein Kulturschaffen jenseits der ökonomischen Zwänge von Angebot und Nachfrage. In den USA dagegen gelten Kultureinrichtungen als Wirtschaftsunternehmen.

Die Buchpreisbindung, die kommunalen Zuschüsse für Theater, Orchester oder freie Kulturinitiativen, die Filmförderung – all das könnte den Abkommen zum Opfer fallen. Deswegen wehren sich immer mehr Regisseure, Theaterleute, Musikerinnen, Buchhändler und Schriftstellerinnen gegen das, was beschönigend „Freihandel“ heißt.



Privatgerichte: Durchmarsch der Konzerne

Zu den Freiheiten, die die Freihandelsabkommen TTIP und CETA den Unternehmen gewähren, gehört die Freiheit, Staaten zu verklagen, wenn die Firmen ihre „legitimen Erwartungen“ auf Profit geschmälert sehen. Das ist mit Absicht so schwammig formuliert. Denn so können Konzerne behaupten, dass neue Umweltbestimmungen, besserer Verbraucherschutz oder eine Erhöhung des Mindestlohns ihre Rendite beeinträchtigen.

Ähnliche Verträge gibt es bereits – aber auf Basis zwischenstaatlicher Abmachungen, die gekündigt werden können. Mit TTIP und CETA wird der Investitionsschutz auf Dauer festgeschrieben. Die Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) erlauben es Firmen, vor private Sondergerichte zu ziehen und Entschädigung zu fordern. Die Tribunale tagen im Geheimen; drei Wirtschaftsanwälte fällen das Urteil; eine Berufung ist nicht möglich. Klagen dürfen nur Konzerne. Staaten haben dieses Recht nicht, BürgerInnen sowieso nicht.

Auf Basis eines solchen Schiedsstellen-Urteils musste Ecuador 2012 einem US-Öl-Multi 2,3 Milliarden US-Dollar zahlen, weil die Regierung nach Protesten eine bereits genehmigte Probebohrung untersagt hatte. Auf dieser Basis verlangt auch der Energiekonzern Vattenfall 4,7 Milliarden Euro von den deutschen

SteuerzahlerInnen. Grund: der Atomausstieg. Gleichzeitig fordern deutsche Investoren und Banken vom spanischen Staat über 700 Millionen Euro, weil die Regierung die Solarförderung zusammengestrichen hat.

Inzwischen haben mehrere Staaten die Investitionsschutzabkommen gekündigt. Sollten TTIP und CETA Realität werden, ist dies den EU-Staaten nicht möglich. Und wir können all unsere Bemühungen um besseren Arbeitsschutz, schonenderen Umgang mit Ressourcen, mehr Schutz für uns VerbraucherInnen und gute öffentliche Dienstleistungen vergessen.



Weitere Infos

Aktuelle Informationen zum Konstanzer Bündnis und unseren Aktionen bietet die Website

www.konstanz-gegen-ttip.de

und unsere Facebookseite

www.facebook.com/KonstanzgegenTTIP

Kontakt: Sylva Heinzler (sylva47@web.de),

Pit Wuhrer (wuhrer@gmx.de)

Konto-Nr.: IBAN DE84 6905 0001 0024 4226 36,

D. Künzel, Verwendungszweck: „TTIP“

Weitere Infos: www.stop-ttip.org |

www.ttip-unfairhandelbar.de | www.attac.de |

www.campact.de

ViSdP: P. Wuhrer, Haspelweg 2, 78467 Konstanz

Was können wir tun?

Ohne Widerstand von unten sind die Freihandelsabkommen nicht zu verhindern. Die Opposition ist groß: Innerhalb eines Jahres haben rund drei Millionen EU-BürgerInnen die EU-Kommission aufgefordert, die Verhandlungen zu stoppen. An mehreren internationalen Aktionstagen kam es zu zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und Flashmobs. Viele Landkreise und Kommunen, darunter Singen, Konstanz und Allensbach, haben sich gegen TTIP ausgesprochen. Auch in anderen Staaten bilden sich immer mehr „TTIP-freie Zonen“.

Widerspruch kommt aus allen Bereichen – und die PolitikerInnen reagieren zunehmend nervös. Die EU-Kommission verspricht mehr Transparenz, hält aber Dokumente weiter unter Verschluss. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) stellt Reformen in Aussicht, verschweigt aber Fakten. Und als im Juni 2015 bei einem Probedurchlauf im EU-Parlament ein Nein zu TTIP drohte, wurde die Abstimmung kurzerhand vertagt.

Wir werden keine Ruhe geben.

- ▶ Das Konstanzer Bündnis informiert weiterhin an Infoständen über die Abkommen und den Widerstand.
- ▶ Wir organisieren Veranstaltungen und Debatten.
- ▶ Wir fordern die regionalen EU-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten auf, gegen CETA, TTIP und TiSA zu stimmen – und sammeln dafür Unterschriften.
- ▶ Wir bleiben auf den Straßen präsent.

